

Paderborner Volksblatt

für Stadt und Land.

Nro. 19.

Paderborn, 13. Februar

1849.

Das Paderborner Volksblatt erscheint vorläufig wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 10 Sgr., wozu für Auswärtige noch der Postaufschlag von 2½ Sgr. hinzukommt. Anzeigen jeder Art finden Aufnahme, und wird die gespaltene Zeile oder deren Raum mit 1 Sgr. berechnet. Bestellungen auf das Paderborner Volksblatt werden für die Monate Februar und März noch angenommen und die früher erschienenen Nummern vollständig nachgeliefert. Auswärtige wollen bei der nächstgelegenen Postanstalt ihre Bestellungen machen, damit die Zusendung sofort erfolgen kann.

Uebersicht.

Paderborn (Abgeordnete zur 1. Kammer.

Bericht der politischen Commission des Bürgervereins 2c.

Deutschland. Berlin (Gesetzentwurf die gutsgerrlichen Verhältnisse betreffend; Stadtverordneten-Versammlung; Wahlnachrichten; die Garnison; die demokratische Partei; das Comité für volksthüml. Wahlen); Danzig (das auswärtige Ministerium an die Kaufmannschaft); Frankfurt (Nationalversammlung; der Entwurf des Gesetzes „über die Wahlen der Abgeordneten“); Wien (das Schießen auf die Sicherheitswache; Rossuth; die Russen an der Gränze).

Italien. Rom (Verkündigung der Wahlen).

Lokales.

Wie man Versprechungen hält!

§ Paderborn, 12. Februar. In der heute stattgefundenen Wahl der Abgeordneten für die erste Kammer wurden gewählt:

1. Herr Landrath Grassio hieselbst,
2. „ D. Hansemann, (früher Finanz-Minister) aus Aachen.

Bericht der politischen Commission des Bürgervereins

über die Verfassungs-Urkunde vom 5. December 1848.

Fortsetzung.

Für eine solche Machtbeschränkung der Krone, die eigentlich der Krone gar keine selbstständige Gewalt, kein eigenes Lebensrecht läßt, sondern dem Könige nur den Namen eines Königes, in der Wirklichkeit aber nur das Amt eines Republik-Präsidenten zugestekt, hat sich in der Kommission keine Majorität ausgesprochen. In der That können die Anhänger eines solchen nur suspensiven veto der Krone nicht behaupten, noch einen monarchischen Staat und etwas anderes als die Republik zu wollen. Sie sehen vielleicht ein, daß zur Zeit die Republik sich in unserm Volke nicht einführen läßt, weil das Königthum noch zu viel Lebenskraft unter uns hat, sie wollen sich aber die Möglichkeit erhalten wissen, daß die Republik gelegentlich mit aller Gemächlichkeit und in ruhigem Wege Rechtsens ins Leben treten könne, sobald nur in den Kammern eine Mehrzahl sich dreimal dafür ausspricht, und wenn auch die Minderzahl der Volksvertreter, und eine ungeheure vielleicht sehr mächtige Minderzahl im Volke, welche wieder bei der Wahl der Vertreter in Minorität geblieben, mit dem die Monarchie umstürzenden Beschlüsse durchaus nicht einverstanden wäre. Diejenigen, welche solches wollen, könnten sich aber auch sofort für die Errichtung der Republik aussprechen, indem sie nicht voraussetzen sollten, daß alle die erwähnten Minoritäten, und die lebenskräftigen Träger der Krone sich durch bloße Majoritätsbeschlüsse ruhig und unterthänig den Umsturz der Staatsverfassung und des Königthumes würden zudekreten lassen. Mit dem Könige im Staate verhält es sich wie mit einer hohen mächtigen Eiche, welche im geschlossenen Walde alle andren Bäume überragt, und tausend Wesen unter ihrem mächtigen Geäste schützt. Sie steht Jahrhunderte da, und behauptet ihrem Stand. Wohl wird sie im Laufe der Zeiten vom Gewürme des Waldes angegriffen und ihr Mark angegriffen. Aber sie steht, und überragt noch ihre Umgebung, wenn schon ihre hohe Krone entlaubt, ihr Mark verzehrt, wenn schon sie nur noch ein verfallenes Denkmal ihres

ersten Kraftlebens ist. Sie steht als alte hohle Eiche, bis ein mächtiger Orkan sie niederwirft zur Erde.

So wirkt die gewaltige Natur. —

Die Republikaner werden warten müssen, bis das Königthum hohl und morich geworden, das Königthum, was nicht dasselbe ist wie dieses und jenes Königshaus, und dann müssen sie, wenn sie jemals sich entschließen werden aus der Vergangenheit zu lernen, bedenken, daß noch niemals, soweit die Geschichte reicht, die Monarchie, und selbst nur eine aristokratische Verfassung, ohne mächtige innere und äußere Kämpfe verdrängt werden. Dagegen ist manches demokratisch republikanische Gebäude ohne Stürme von Seiten des Volkes, und über Nacht, durch einen glücklichen Soldaten und späteren despotischen Alleinherrscher, über den Haufen geworfen worden!

Es sei dem Berichterstatter vergönnt hier eine Bemerkung beizubringen, die sich auf die nordamerikanische Republik bezieht. Der erste Beamte dieses Freistaates, der Präsident, hat allerdings eben weil er kein Träger der Souveränität ist, nur ein suspensives veto, und dasselbe gilt von den Gouverneuren der einzelnen Staaten, dagegen giebt es dort eine andre Gewalt, von welcher sich sagen läßt, daß sie für alle im Kongresse (abgesehen vom außerordentlichen Convente) beschlossenen und angenommenen Gesetze ein absolutes veto hat. Dies sind die Gerichte. Diese sind berechtigt und verpflichtet, in jeder bei ihnen schwebenden Rechtsache die Verfassungsmäßigkeit eines zur Sprache kommenden Gesetzes zu prüfen. Finden sie das Gesetz verfassungswidrig, also daß es gegen die allgemeinen in der Verfassungsurkunde enthaltenen Grundsätze verstößt, so weisen sie die Partei, welche ihren Rechtsanspruch aus solch einem unconstitutionellen Gesetze herleitet, mit der Klage und der Forderung lediglich ab, und schützen diejenige Partei, welche sich, mit der Verfassung oder mit konstitutionsmäßigen Gesetzen in der Hand, gegen fremde Ansprüche vertheidigt. Zu solch einer Maßregel mußte auch der gesunde praktische Sinn der Amerikaner greifen, welche wußten, daß die Beschlüsse der Mehrheiten nicht immer auch der Gerechtigkeit entsprechen, und welche der höchsten königlichen Gewalt entbehrten, die ihrem vernunftgemäßen Ursprunge nach eben dazu berufen ist, mit gerechter Macht Einzelnen oder den Schwächeren im Volke, und das sind eben die Minoritäten, dann den erforderlichen Schutz zu gewähren, wenn ihnen durch Thaten der Beschlüsse der Stärkeren (Majoritäten) ungerechte oder verfassungswidrige Gewalt angethan werden sollte. — Unser Volk hat aber einen König, es hat ein lebenskräftiges und sich jetzt eben noch veredelndes, also verjüngendes, Königthum und ist deshalb in der glücklichen Lage sich nicht erst nach Ersatzmitteln umsehen zu müssen für die fehlende königliche Gewalt.

Nachdem diese Parteifrage, so gestellt, erledigt worden, haben sich unter 11 anwesenden Mitgliedern der Kommission, mit dem Berichterstatter nur 5, für die Aufrechterhaltung des absoluten veto der Krone, 6 Mitglieder aber gegen dasselbe, und indem sie einen Mittelweg einschlugen, dafür ausgesprochen, daß der König für die Fälle, wo es sich von Gesetzesvorschlägen innerhalb der Schranken der Verfassung handle, ein nur suspensives veto haben dürfe. Diese Majorität hält eine solche Bestimmung, welche nach ihrer Ansicht dem Wesen nach keine Schwächung oder Aufhebung des Königthums enthält um deshalb für nothwendig, damit ein friedlicher und gesetzlicher Weg offen bleibe, auf welchem die verfassungsmäßigen Rechtsbedürfnisse des Volkes selbst dann zur Geltung gebracht werden könnten, wenn die Krone die Exigenz